

Calmer Tagblatt

Nr. 150

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 750 Mt., Familienanzeigen 400 Mt., Reklamen 2000 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9

Samstag, den 30. Juni 1923.

Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn 10000 Mt. monatlich. Postbezugpreis 10000 Mt. ohne Beleggeld. Einzelnummer 400 Mt. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Reichskanzler hat auch in Bremen auf die Notwendigkeit des Zusammenhaltens in dem Abwehrkampf im Westen hingewiesen, und besonders der Zurückstellung des Egoismus auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die Kundgebung des Papstes hat anscheinend in Paris verschmüpft; man will sie ignorieren. Einen Kommentar für die französische Auffassung hat Poincaré im Senat anlässlich der Behandlung der Ruhrkredite gegeben. Danach wird das Gewaltsystem fortgesetzt, bis Deutschland den passiven Widerstand aufhebe. Mit Belgien sei man in dieser Richtung einig.

Havas meldet halbamtlich, daß nach der bevorstehenden Neubildung des Kabinetts Theunis mit der baldigen Wiederaufnahme der belgisch-französischen Verhandlungen über die Antwort an England bezüglich dessen Anfragen zu rechnen sei. Es handelt sich hier bekanntlich um die Frage der französisch-belgischen Zugeständnisse im Falle der Einstellung des passiven Widerstandes.

Die Gewaltakte im besetzten Gebiete nehmen Formen und Umfang an, die sich zur Unerträglichkeit steigern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man die Bevölkerung zu Unbesonnenheiten direkt herausfordern will.

Der Reichskanzler in Bremen.

Bremen, 29. Juni. Der Reichskanzler ist heute nachmittag in Begleitung des Staatssekretärs Hamm, von Elberfeld kommend, hier eingetroffen zu einem kurzen Besuch. Um 2 Uhr folgte der Reichskanzler einer Einladung des Senats zu einem Frühstück in engem Kreise.

Bremen, 30. Juni. Nach dem Frühstück begab sich gestern der Reichskanzler mit dem Wiederaufbauamminister Albert und dem Staatssekretär Hamm nach der Handelskammer zu einer Aussprache. Der Vizepräsident der Kammer, Redewald, begrüßte den Kanzler namens der Bremer Kaufmannschaft, indem er ihm dafür dankte, daß er trotz der Sorgen und Lasten, die auf ihm ruhen, es möglich gemacht habe, einige Stunden in Bremen zu weilen. Bremen habe sich dank des Gemeinnsinns seiner Bürger durch frühere Schwierigkeiten durchgerungen. Nachdem es gezwungenermaßen auf eigenen Füßen stehen gelernt habe, habe es sich an das Deutsche Reich aus vollem Herzen und voller Ueberzeugung angeschlossen und seine Sonderinteressen dem Großen und Ganzen untergeordnet. Der Gedanke der Reichseinheit habe in Bremen tiefe Wurzeln geschlagen. So werde auch, nachdem jetzt das Deutsche Reich von seiner stolzen Höhe gestürzt sei, die Bremer Kaufmannschaft treu zum Reich halten und willig alle Opfer auf sich nehmen, die erforderlich seien, um den drohenden Zerfall des Reiches zu verhüten. Der Wiederaufstieg sei nur aus der Wirtschaft heraus denkbar und es würde für den Staat selbst abträglich sein, wenn durch staatliche Maßnahmen die Wirtschaft auf die Dauer in ihrer Entwicklung gehindert werde. Zur Linderung der Devisennot insbesondere sei die Erleichterung der Ausfuhr das einzig wirksame Mittel. Die hanseatischen Kaufleute und Industriellen seien auf ausländische — amerikanische, englische und holländische — Kredite angewiesen. Jede Erschütterung des Vertrauens müsse schwere Folgen nach sich ziehen. Die Stärke Bremens beruhe nicht so sehr auf seinem Reichtum, der oft überschätzt werde, als auf dem Vertrauen in seine geschäftliche Tüchtigkeit u. Ehrenhaftigkeit seiner Kaufmannschaft. — Reichskanzler Dr. Cuno, der darauf das Wort ergriff, dankte zunächst für die Begrüßung und stellte die erfreuliche Tatsache fest, daß ebenso wie in Bremen ihm in Elberfeld und anderen Orten der Westmark die Treue zur Heimat und zum Reich von allen Seiten bekräftigt worden sei. Er sei überzeugt, daß diese Front jetzt bleibe und auch noch Schwereres ertragen werde, wenn es nottue, denn jedermann im besetzten Gebiet wisse, was bei einem vorzeitigen Abbruch des passiven Widerstands folgen würde. Im weiteren Verlauf seiner Rede betonte der Kanzler, daß er und seine Mitarbeiter gesonnen seien, die Bedürfnisse der Wirtschaft zu berücksichtigen, denn ohne sorgfältige Beachtung der inneren Besetzung könne die Wirtschaft nicht gedeihen. Er verstehe darum auch, daß Maßnahmen wie die Devisenverordnung in den Kreisen der Wirtschaft hinsichtlich ihrer Nützlichkeit angezweifelt würden und er verstehe auch das Drängen nach raschem Abbau der Ausfuhrkontrolle und ähnlichen Maßnahmen. Jetzt aber komme es darauf an, die Zuversicht des Volkes auf den Staat aufrechtzuerhalten und den Willen des Staats zu erweisen, sich unter allen

Umständen und gegen alle Gefahren, sei es auch gegen die Wirtschaft, zu behaupten und den breiten Massen das Leben zu ermöglichen. Darum müsse die Wirtschaft für diese Zeit der Not auch Maßnahmen über sich ergehen lassen, die in regelmäßigen Zeiten schädlich erscheinen würden. Weiter besprach der Kanzler die Ernährungsfrage, deren Aussichten nicht ungünstig seien. Bezüglich der Lohnfrage erklärte er, daß diese so geordnet werden müsse, daß den Lohnempfängern auch in Zeiten des sinkenden Marktwertes das Leben ermöglicht werde. Auf den Sturz der Mark dürfe eine Erschütterung der sozialen Ordnung und des Staates nicht folgen. Der Kanzler schloß mit der Aufforderung, der Regierung Vertrauen entgegenzubringen und ihr die Erfüllung ihrer politischen Pflichten nach Kräften zu erleichtern. — Um 8.30 Uhr abends reiste der Kanzler nach Hamburg weiter.

Die Reparationsfrage.

Die französische Regierung und die päpstliche Kundgebung.

Paris, 29. Juni. Nach der „Chicago Tribune“ wird am Quai d'Orsay nicht verhehelt, daß man den Brief des Papstes als inopportun betrachtet und hinzufügt, die Regierung werde wahrscheinlich seinen Inhalt ignorieren. Geschehenfalls werde Ministerpräsident Poincaré oder ein anderer Minister in einer Rede auf den Brief anspielen, gewisse Stellen zurückweisen und die Unmöglichkeit dardun, darauf einzugehen.

Die Ruhrkredite vom französischen Senat einstimmig (?) angenommen.

Paris, 29. Juni. Der Senat hat heute mit der Beratung der Kredite für die Ruhrbesetzung begonnen. Nach dem Berichterstatter Berenger, der für die Bewilligung der Kredite eintrat, ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort und erklärte, bei der Ruhrbesetzung handle es sich nur darum, Garantien gegen die gewollte Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu nehmen. Wenn man politische oder feindselige Absichten gehabt hätte, würde man das Maintal besetzt haben, um Deutschland in zwei Stücke zu zerreißen. Man habe aber nur einen wirtschaftlichen Druck ausüben wollen. Deshalb sei man in die Schlagader Deutschlands eingedrungen, in den Kassenschatz des widerpenstigen Schuldners. Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärte Poincaré, der passive Widerstand Deutschlands sei in Wirklichkeit aktiv, verbrechertisch und hinterlistig (!). Angesichts dessen sei es notwendig gewesen, Zwangsmassnahmen zu ergreifen. Das siegreiche Frankreich werde seinen Willen dem Besiegten aufzwingen, der seine Niederlage nicht anerkennen wolle. Auf den deutschen Widerstand habe Frankreich mit einer Art Blockade geantwortet, die aber in keiner Weise (!) die Ernährung des Ruhrgebietes bedrohe. Das Einverständnis zwischen General Degoutte und Tirard sei vollkommen. Deshalb habe man alle Zwangsmassnahmen gegen die preußischen Beamten ergreifen können und sie seien in der Zahl von 16 000 ausgewiesen worden. Die deutsche Regierung könne den Widerstand jetzt nur noch durch Geldverteilung an Beamte, Arbeiter und Industrielle fortsetzen. Sie erschwere dadurch aber von Tag zu Tag ihre finanzielle Lage. Deutschland warte jetzt auf ein Wunder, das aber nicht kommen wolle. Es hoffe immer noch auf eine Intervention der Verbündeten Frankreichs und erwarte sein Heil von der Entmutigung und Zermürbung Frankreichs. Darin täusche es sich aber. Frankreich wolle, daß der Versailleser Vertrag ausgeführt werde. In Brüssel sei beschlossen worden, die deutschen Vorschläge nicht eher zu prüfen, als der Widerstand Deutschlands eingestellt sei. Man werde Deutschland nur nach Maßgabe seiner Zahlungen räumen. Frankreich habe keine Annexionsgedanken und weise aufs Entschiedenste jede Anklage des Imperialismus zurück. Wir wollen das Ruhrgebiet nicht konfiszieren, werden es aber behalten, bis Deutschland seine Schuld bezahlt hat. Die letzten deutschen Vorschläge waren nicht ernst zu nehmen und verdienten keine Beachtung. Wenn wir die Ruhr aufgeben würden, würde Deutschland glauben, daß es seine Revanche erlangt und uns eine Erniedrigung zugefügt habe. Poincaré schloß: Unsere Soldaten werden das Werk der Gerechtigkeit und des Friedens vollenden. Noch einmal werden sie sich dadurch um das Vaterland verdient machen. — Nach Schluß der Debatte wurden die Ruhrkredite von den anwesenden 298 Senatoren einstimmig angenommen.

Bevorstehende Wiederaufnahme der französisch-belgischen Verhandlungen.

Paris, 30. Juni. Havas teilt offiziös mit, die Bildung des Kabinetts Theunis werde es ermöglichen, die diplomatischen Verhandlungen über die Reparationsfrage zwischen

den Alliierten aktiv wieder aufzunehmen. Es werde sofort zwischen Paris und Brüssel ein Meinungsaustausch erfolgen zu dem Zweck, in gegenseitigem Einvernehmen die Antwort auf den Fragebogen der englischen Regierung festzusetzen. Der französische Botschafter in London werde wahrscheinlich sehr bald in der Lage sein, diese Antwort dem Foreign Office mitzuteilen.

Die französisch-belgische Gewaltpolitik.

Ein neuer unerhörter Gewaltakt der Franzosen. Ueberfall auf Limburg.

Limburg, 29. Juni. In der Nacht zum Donnerstag waren von auswärtigen deutschen Kriminalbeamten zwei im Dienste der Franzosen stehende, in Limburg wohnhafte Arbeiter verhaftet und in das unbesetzte Gebiet transportiert worden. Infolgedessen unternahmen die Franzosen in der Nacht zum Freitag einen neuen Ueberfall auf Limburg. Sie rückten in Bataillonsstärke an und nahmen zehn ehrbare Limburger Bürger fest. Die Franzosen erklärten, die Herren bleiben solange in Haft, bis die zwei verhafteten Arbeiter von den deutschen Behörden wieder freigelassen worden seien. Unter lebhaftem Winken und Zurufen wurden die Herren um 9 Uhr auf Lastautos abtransportiert. Um 9 1/2 Uhr verließen die Franzosen wieder Limburg in der Richtung nach Wied. Während der Besetzung der Stadt waren die Post, der Bahnhof und das Stadthaus besetzt. Der Eisenbahnbetrieb ist seit 10 Uhr wieder im Gange.

Die Bahnstrecke Frankfurt-Darmstadt unterbrochen.

Frankfurt a. M., 29. Juni. Außer der Unterbrechung der Strecke Frankfurt-Main-Darmstadt ist auch die Strecke Frankfurt-Cronenberg seit heute morgen unterbrochen, da die Franzosen auch in Eschborn die Gleise aufgerissen haben. Die Züge verkehren von Frankfurt nur noch bis Rödelheim.

Die Aushungerung des Ruhrgebietes.

Essen vor einer Katastrophe. Essen, 29. Juni. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung entrollte der Lebensmitteldezernent ein außerordentlich trübes Bild. Nach seiner Meinung sieht Essen in der Lebensmittelversorgung vor einer Katastrophe. Durch die Besetzung der Bahnhöfe ist die Stadt gezwungen, die Lebensmittel von den weitergelegenen Bahnhöfen Frintrop, Nierenhorst, Beller und Buer mit Lastkraftwagen heranzuschaffen. Die Schwierigkeiten werden noch dadurch erhöht, daß die Fernsprech- und Telegraphenverbindungen von den Franzosen unterbunden sind, so daß es den von der Stadt beauftragten Händlern unmöglich ist, rechtzeitig einzulaufen. Die städtischen Lagerhäuser für Lebensmittel sind leer. Ebenso schlecht steht es mit der Kartoffelversorgung. Gemüse wird nur noch zu einem Drittel der erforderlichen Mengen zugeführt; außerdem ist man gezwungen, es von weither durch Lastkraftwagen heranzuholen. Die Milchzufuhr ist auf ein Fünftel des täglichen Bedarfs zurückgegangen. Dabei werden für die Krankenanstalten allein täglich bis 50 000 Liter benötigt.

Zwei Milliarden Mark „Geldbuße“ für Dortmund!

Dortmund, 29. Juni. Einer Blättermeldung zufolge wurde der Stadt Dortmund von dem kommandierenden General der Rheinarmee als Genugtuung für die erschossenen zwei französischen Adjutanten eine Strafe von zwei Milliarden Mark auferlegt. Auf diesen Betrag sollen die bei der Stadtkasse und der Reichsbank am 11. und 12. Juni weggenommenen Gelder angerechnet werden. — Und dabei ist die Tat auf rein persönliche Beweggründe des Täters zurückzuführen.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Frankfurt a. M., 29. Juni. Der Kreisdelegierte von Gerolstein hat der Gemeindevertretung gegenüber geäußert, er werde die Stadt Gerolstein derart peinigen, daß kein Mensch mehr dort leben wolle. Er werde sie im wahren Sinne des Wortes zu einer „toten Stadt“ machen, wenn der Widerstand der Beamten nicht aufhöre. — Gerolstein hat bereits die Hälfte seiner Einwohner durch Massenarresten verloren.

Söcht am Main, 29. Juni. Gestern fand eine gemeinsame Sitzung der beiden städtischen Körperschaften statt, die sich mit der Verhaftung des Bürgermeisters Ach beschäftigte. Es wurde eine Protestkundgebung beschlossen, die an den französischen Kreis-

Belegten gerichtet ist und in der auf die schwerwiegenden Folgen hingewiesen wird, die durch die Verhaftung des Stadoberhauptes entstehen können. In einer Entschließung des Magistrats, die ebenfalls an den Kreisdelegierten gerichtet ist, wird die unverzügliche Freilassung des Bürgermeisters gefordert und eine solche Gewähr dafür angeboten, daß der Bürgermeister sich jederzeit zur Verfügung des französischen Kriegsgerichts hält.

Sagen, 29. Juni. Die Franzosen haben gestern in Stärke von etwa 300 Mann Hohen-Syburg bei Hagen besetzt und am Denkmal Kaiser Wilhelms I. die Tricolore gehißt.

Belgischer Bankraub in Aachen.

Aachen, 30. Juni. Die Belgier haben gestern die Reichsbanknebenstelle Aachen besetzt. Nachdem sie sich gewalttätig des Tresorschlüssels bemächtigt hatten, nahmen sie aus dem Tresor etwa eine Milliarde Mark und aus der Tageskasse etwa 200 Millionen Mark fort. Reichsbankdirektor Privat wurde verhaftet. Bei der Reichsbanknebenstelle Jülich beschlagnahmten die Belgier gestern 50 Millionen Mark.

Werdener Urteile.

Berlin, 29. Juni. Die „Vossische Zeitung“ bringt unter der Ueberschrift „Werdener Urteile“ folgende Meldungen: Gestern wurde von dem französischen Kriegsgericht in Werden die Anklage gegen den französischen Soldaten verhandelt, der seinen Kameraden Schmitt seinerzeit im Gebäude des Essener Hauptbahnhofs erschossen hat. Wegen dieser Tat hatten die Franzosen der Stadt Essen eine hohe Geldbuße auferlegt, weil zunächst behauptet worden war, der Täter sei ein Deutscher gewesen. Der französische Soldat wurde wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — Gestern stand vor dem französischen Kriegsgericht der Direktor der Essener Steinkohlenbergwerks-AG, Breuder, wegen Beihilfe zur Abgabe von Kohlen ohne Passierschein. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. — Weiter wurde Professor Dr. Gerbst, Direktor der Bergschule in Essen, der beschuldigt war, die Verbreitung nationalstiftlicher Flugblätter in der Schule gebudet zu haben, zu fünf Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Die französische Sabotage gegen die deutsche Bekämpfung der Spekulation.

Essen, 28. Juni. Durch eine Verordnung erklärt General Degoutte die Verordnungen der deutschen Regierung vom 8. Mai und 23. Juni über den Handel mit Devisen für das besetzte Ruhrgebiet für aufgehoben und den Devisenhandel für frei, mit der Begründung, daß die Verproviantierung der französischen Truppen durch die Verordnungen gefährdet sei. Wegen des Devisenhandels darf niemand gestraft werden. Zuwiderhandlung gegen die Verordnung wird mit schweren Strafen bis zu 5 Jahren Gefängnis und 2 Milliarden Mark Geldstrafe oder eine dieser Strafen bestraft.

Berlin, 28. Juni. Die Verordnung des Generals Degoutte über den Handel mit Devisen ist ein neuer Willkürakt der Besatzungsorgane und dazu bestimmt, die Maßnahmen der Reichsregierung zur Stützung des Marktkurses zum Scheitern zu bringen. Die Verordnung ist vornehmlich ein französisches Kampfmittel und muß als solches gewertet werden. Die Franzosen erhoffen durch die Störung der deutschen Markstützungssaktion Schwierigkeiten im Einbruchgebiet und Förderung ihrer politischen Ziele. Die Begründung General Degouttes, daß durch die deutschen Verordnungen über den Devisenhandel die Verproviantierung der Besatzungstruppen gefährdet werden könne, ist zu lächerlich, um einer ernsthaften Begegnung zu bedürfen. Es muß aber festgestellt werden, daß von denjenigen, die sonst stets der deutschen Regierung den Vorwurf der Marktentwertung machten, heute versucht wird, die Maßnahmen gegen die Marktentwertung zu sabotieren. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß auch trotz dieser Verordnung für die Bewohner des Einbruchgebietes nur die deutschen Gesetze Gültigkeit haben.

Die Folgen der Militarisation der Eisenbahnen.

Berlin, 30. Juni. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Gelsenkirchen haben die Franzosen gestern nachmittag unter den Trümmern des bei Gelsenkirchen verunglückten Güterzugs noch zwei Leichen geborgen, sodaß sich die Zahl der Toten im Ganzen auf fünf stellt. Die Franzosen sind mit den Aufräumarbeiten beschäftigt. Der Abtransport der Kohlen aus dem Gebiet von Gelsenkirchen ist bis jetzt noch unmöglich.

Die Luftrüstungen der Entente.

Baldwin über die gewaltige Vermehrung der englischen Luftstreitkräfte.

London, 27. Juni. Im Unterhaus machte gestern Baldwin eine wichtige Mitteilung betreffend die Verstärkung der Luftstreitmacht zur Verteidigung des Mutterlandes um 34 Geschwader. Er erklärte, die Regierung sei zu der Schlußfolgerung gelangt, daß, abgesehen von der Befriedigung der Bedürfnisse der Marine und des Heeres und den Verpflichtungen in Indien und anderen überseeischen Ländern, die britische Luftstreitmacht eine Verteidigungsflotte zum Schutze der Heimat einschließen müsse, die genügend stark sei, um England ausreichend gegen Luftangriffe der stärksten Luftstreitmacht innerhalb von Schlagweite zu schützen. Eine solche Streitmacht müsse organisiert werden. Zunächst solle die Streitmacht zur Deckung der Heimat aus 52 Geschwadern bestehen, die so schnell wie möglich gebildet werden müßten. Das Ergebnis dieses Vorschlags bedeute eine Vermehrung der bisher bewilligten Luftmacht um 34 Geschwader. Die Einzelheiten der Organisation würden geregelt werden im Hinblick auf eine spätere Ausdehnung. Aber bevor weitere Maßnahmen getroffen würden, werde die Frage nochmals geprüft werden im Lichte der gegenwärtig luftstärkeren fremden Mächte. Entsprechend der Verpflichtung Großbritanniens, wie sie sich aus der Völkervereinbarung ergebe, werde Großbritannien hierin mit den anderen Regierungen zusammenwir-

ten, um die Stärke der Luftflotte zu vermindern nach Grundrissen, die denen des Washingtoner Vertrages ähnlich seien. Jedes derartige Abkommen würde die Politik der Verstärkung der Luftstreitmacht, die in seiner, Baldwins, Erklärung dargelegt werde, maßgebend beeinflussen. — Bonsonby fragte, ob dieser neue Rüstungswettbewerb zu demselben Ergebnis führen werde wie der vorige Rüstungswettbewerb. — Baldwin erwiderte: Nein, ich hoffe nicht. Ich hoffe, daß bevor diese Gefahr entsteht, ein Abkommen betr. die Rüstungseinschränkungen geschlossen sein wird. — Hoare erklärte, das neue Programm schließe eine weitere Ausgabe von 500 000 Pfund Sterling in diesem Jahre in sich. Die endgültigen Gesamtkosten würden 5½ Millionen Pfund mehr betragen.

Frankreich und die englischen Luftrüstungen.

Paris, 28. Juni. Havas berichtet aus Washington, das Kriegsdepartement denke nicht daran, die Luftstreitkräfte wesentlich zu verstärken. Der Staatssekretär sei der Ansicht, es sei klug, nicht den Versuch zu unternehmen, eine ähnlich starke Luftflotte zu haben wie die irgend einer anderen Nation. — Der „New York Herald“ will wissen, daß Frankreich seinen derzeitigen Vorsprung vor England, was den Aufbau seiner Luftstreitkräfte anlangt, nicht zu behalten wünsche. Ein Wettrüsten in der Luft zwischen den beiden Mächten würde in der Tat von so einschneidender Wirkung auf die französischen Finanzen sein, daß es praktisch außer Frage stehe. Deshalb schlage die französische Regierung einen Devisenpakt hinsichtlich der Luft vor, der einer Rüstungspause gleichkäme. Die Vorbedingung für einen derartigen Pakt würde darin bestehen, daß die Luftflotten Frankreichs und Großbritanniens zusammen jederzeit stark genug sein müßten, um Deutschland Herr zu werden, wenn dies als nötig sich erweisen werde, und daß Großbritannien und Frankreich zusammen die strenge Erfüllung der den Bau von Militärflugzeugen verbietenden Bestimmungen des Versailler Vertrags durch Deutschland überwache. — Die Sache ist ganz klar, Frankreich hat ein starkes Heer zu halten, England eine starke See- und Luftflotte; die Verbündeten teilen sich eben in die Gesamtrüstungen. Man wird jetzt verstehen, warum wir nie an englisch-französische Gegenstände bezüglich der Rüstungen geglaubt haben.

Paris, 29. Juni. Im Laufe der gestrigen Budgetberatung der Kammer kam es während der Nachtstunde zu einer Debatte über das Verhältnis der französischen zu der englischen Luftflotte. Der Abg. Benazot verwies auf die vom britischen Erstminister Baldwin vorgestern im Unterhaus abgegebene Erklärung, England bedürfe einer Luftflotte, die derjenigen der stärksten Luftmacht im nahen Umkreis zum mindesten gleichkomme. Der Redner protestierte aufs energischste gegen die in London gefallene Äußerung, die die Annahme unterstelle, daß Frankreich an einen Angriff auf England denke. Kriegsminister Maginot antwortete dem Abgeordneten, Frankreich habe beim Waffenstillstand 3500 flugfähige Maschinen gehabt. Es habe zurzeit derer nur noch 1300. Für Frankreich sei es eine Notwendigkeit, die Zahl seiner Flugzeuge und seiner Geschwader zu vermehren, da es bestimmt wisse, daß Deutschland erhebliche Anstrengungen mache um sich eine Luftschiffahrt zu schaffen. Es handle sich nicht um England, es handle sich ausschließlich um Deutschland. Es wäre von französischer Seite unzerzühlich, sich von neuem einer deutschen Gefahr auszusetzen. An der Debatte beteiligte sich auch General de Castelnau, der erklärte, so sonderbar es erscheinen möge, Deutschland sei hinsichtlich der Luftfahrt völlig unvorbereitet in den Krieg eingetreten. Es habe keine 2000, sondern nicht mehr als 200 und einige mehr Flugzeuge gehabt. Die französische Luftschiffahrt sei der einzigen überlegen gewesen. Ausführlich berichtet über die Stimmung der „New York Herald“, der seine Darstellung mit den Worten einleitet: „Die militärischen Elemente in der Kammer werden den Kampf aufnehmen, um jeden Versuch der Entwicklung der französischen Luftfahrt einzuschränken.“ General de Castelnau hat nach dem Blatt unter stürmischem Beifall erklärt: Der Luftfahrt geht Frankreich allen anderen Nationen voraus, und es wird sein äußerstes tun, um diesen Vorsprung zu erhalten. — Die Kammer habe unmittelbar darauf einen Sonderkredit in Höhe von 37 Millionen Francs für die wissenschaftliche Untersuchung auf dem Gebiet der Luftschiffahrt und Flugzeugfahrt mit 490 gegen 70 Stimmen angenommen, wodurch das Budget für die erwähnten Zwecke auf 200 Millionen Francs anwachse. Die Erklärung des Generals de Castelnau stelle ihrerseits nach dem „New York Herald“ die Antwort auf eine Frage des Abg. Mitral über die Tätigkeit der militärischen Kontrollkommission in Deutschland dar. Kriegsminister Maginot hatte hierzu erklärt, daß seit der Befehung des Ruhrgebiets und schon zwei Monate vorher die Kontrollkommission außerstande gewesen sei, ihre Aufgaben zu erfüllen. Mit Rücksicht darauf sei Frankreich gezwungen gewesen andere unerläßliche Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Der Abg. Mitral verlangte von der Regierung eine öffentliche Erklärung, ob Frankreich seine Luftfahrt nicht weiter zu entwickeln beabsichtige, womit er das Eingreifen des Generals de Castelnau veranlaßte.

Deutschland.

Der Reichswirtschaftsminister über die wirtschaftlichen Maßnahmen.

Erfeld, 29. Juni. Der bedeutamen politischen Kundgebung des rheinischen Provinziallandtags folgte gestern nachmittag eine eindrucksvolle Rundgebung von Vertretern der Wirtschaft, die zu einer Mitgliederversammlung des Eisens- und Stahlwarenindustrieverbandes hier zusammengelassen waren. Der Sitzung wohnten als Ehrengäste auch der Reichsminister Dr. Cuno, Reichswirtschaftsminister Dr. Becker, Vertreter zahlreicher

Handelskammern und industrieller Verbände, sowie die Reichstagsangeordnete Dr. Cremer, Koch und Erteleng bei. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden nahm der Reichsminister das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er erklärte, er wisse, daß die Wirtschaft bereit sei, im Abwehrkampf fest zusammenzustehen mit der Reichsregierung. Dieser Abwehrwille finde befehliger lebhaften Widerhall. Sie sei bereit, alles zu tun, um die Nöte der schwer betroffenen Eisens- und Stahlwarenindustrie zu lindern. Hilfe der Wirtschaft sei Hilfe am Volk. Wenn das deutsche Volk in Ruhe und Frieden leben könne, werde der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft rasch vor sich gehen. Ruhe und Arbeit müßten deutsch bleiben. Sie seien Deutschland für keinen Preis feil. Auch die Wirtschaft müsse deutsch bleiben und wieder frei werden. — Nach Ausführungen der Abgeordneten Erteleng und Cremer ergriff Reichswirtschaftsminister Dr. Becker zu längeren Ausführungen das Wort. Er schilderte die Wirtschaft an Lasten und Leiden infolge der Besetzung zu tragen habe und betonte weiter, wenn auch nicht alle Wünsche, die aus Industriekreisen an sein Ministerium gerichtet worden seien, erfüllt werden könnten, so könne die Wirtschaft doch überzeugt sein, daß die Regierung nach besten Kräften bestrebt sei, diese Leiden zu lindern und der bedrohten Wirtschaft zu helfen. Der Minister wandte sich dann der Außenhandelskontrolle und dem Ausfuhrsystem zu. Er führt dabei aus, daß er das System durchaus nicht verteidige und daß er an seiner Entstehung ebenso wie die jetzige Regierung unbeteiligt sei. An einen Abbau könne man aber nur ganz allmählich denken. Hinsichtlich der Markstützungssaktion sagte der Minister, sie sei notwendig gewesen, um die Mark nicht auf den Nullpunkt herabsinken zu lassen. Die Regierung sei sich darüber klar, daß dadurch schwere Sorgen für die Wirtschaft entstehen würden. Nicht leichten Herzens habe sie die Devisenordnung erlassen. Die Regierung habe sich aber trotz der schweren Bedenken, die ihr aus Wirtschaftskreisen entgegengehalten worden seien, auf Grund von maßgebenden Sachverständigenurteilen zu dem Erlass entschließen müssen. Es sei selbstverständlich, daß diese Maßnahmen nur vorübergehender Natur sein sollten.

Die Frage der wertbeständigen Löhne.

Berlin, 30. Juni. Aus Anlaß der Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft über die Frage der wertbeständigen Löhne wies gestern der Deutsche Arbeitgeberverband vor Pressevertretern auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich der Lösung dieses Problems entgegenstellen. Nach Ansicht des Arbeitgeberverbandes sei eine Lohnstabilisierung für sich allein nicht durchzuführen. Wenn z. B. in der Kohlenindustrie stabile Löhne in der Form vereinbart würden, daß für die Frist von vier Wochen bestimmte Grundlöhne festgelegt würden, die für jede Woche mit dem Entwertungsfaktor zu multiplizieren seien, dann könne die Kohlenindustrie diese Belastung nur tragen, wenn sie gleichfalls die Preise auf einen solchen Entwertungsfaktor einstelle. Ein Lohnstabilisierung würde die zwangsweise Umstellung der gesamten Wirtschaft auf eine Goldbasis zur Voraussetzung haben. Da aus Gründen der allgemeinen Politik aber ein Entgegenkommen an die Arbeitnehmer unbedingt notwendig ist, seien die Arbeitgeber durchaus ein und man dürfe das Prinzip vierwöchentliche Tarifperioden, innerhalb deren die Löhne mit dem Entwertungsfaktor zu multiplizieren seien, als von ihnen für eine kurze Versuchperiode von ein bis zwei Monaten als Notstandsmaßnahme für gebilligt ansehen. Strittig zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sei im Wesentlichen die Frage, mit welchem Index multipliziert werden solle.

Der Mißtrauensantrag gegen den sächsischen Ministerpräsidenten abgelehnt.

Dresden, 28. Juni. Der sächsische Landtag hat heute den von der Deutschen Volkspartei gegen den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner wegen seiner Niederplanitzer Rede eingebrachten Mißtrauensantrag mit 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 43 Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 30. Juni 1923. Fußballsport.

Man schreibt uns: Die Fußballabteilung des T.B. hat morgen die Reserve-Mannschaft des Vf.B. Ludwigsburg zu Gast. Das Vorgespiel endigte in Ludwigsburg 2:2. Vf.B. spielt einen kernigen, aber schönen und fairen Fußball. Da Calw komplett antritt, dürfte ein knapper Sieg der Einheimischen nicht überraschen. Vorher treffen sich Calw 2 und Altburg 1.

Neuorganisation des höheren Mädchenschulwesens.

Auf der Jahresversammlung des Vereins für das höhere Mädchenschulwesen hielt Staatspräsident Dr. v. Heber eine Rede, worin er ankündigte, daß für die höheren Mädchenschulen künftig 4 Jahre Grundschule und 6 Jahre höhere Schule eingerichtet werden müßten. Der Staatspräsident trat dabei verschiedenen Bedenken gegen die Grundschule entgegen. Am 1. Januar 1921 waren die höheren Schulen nur von 12 913 Mädchen, dagegen von 37 084 Knaben (einschl. Bürgerschulen) besucht.

Wetter für Sonntag und Montag.

Die Luftdruckverteilung ist unverändert. Am Sonntag und Montag ist zwar meist trockenes, aber immer noch vielfach bedecktes und kühles Wetter zu erwarten.

Liebenzell, 30. Juni. Auf dem Grundstück des Christl. Vereins für Jugendwohlfahrt im Monbachtal bei Liebenzell hat dieser Tage die Zimmermannskunst eine gute Probe bestanden. Um den Platz für den geplanten Neubau des landwirtschaftlichen Gebäudes freizubekommen, mußte ein kleines Häuschen, das zur Aufnahme von Erholungskindern und als Jugendherberge dient, verlegt werden. Am die Zeit und die Kosten für Abbruch und Wiederaufbau zu

... die Reichs...
... Nach Be...
... stanzler da...
... er wisse, de...
... zusammenzu...
... alle finde be...
... zu tun, un...
... arenindustri...
... Wenn de...
... de der Wie...
... gehen. Ruh...
... schland fü...
... bleiben un...
... Abgeordnete...
... fahstministe...
... Er schilbert...
... der Befehun...
... nicht all...
... um gericht...
... e Wirtschaft...
... Kräfte in be...
... Wirtschaft...
... u h e n h a n...
... Er führt...
... rteilige un...
... e Regierun...
... ur ganz all...
... s a k t i o...
... e Markt n...
... erung sei sic...
... e Wirtschaft...
... die Devisen...
... der schwere...
... erhalten wor...
... igenurteil...
... ständlich, da...
... önne.
... in der Zer...
... ndigen Böhr...
... Pressevertr...
... Lösung die...
... beitegervet...
... nicht durch...
... öhne in de...
... r Wochen b...
... e Woche m...
... nn könne di...
... sie gleichfall...
... nstelle. Ein...
... ng der gesan...
... haben. De...
... gegenkomme...
... in die Arbeit...
... wöchentliche...
... Entwertung...
... die kurze Be...
... dsmaßnahm...
... ern und Ge...
... elchem Inde...
... chfischen
... eute den vo...
... sidenten D...
... rachten Mi...
... und Kon...
... ehnt.
... ni 1923.
... es L.B. ha...
... udwigsbur...
... 2:2. B.F. ...
... der Fußball...
... in Sieg de...
... sich Calw 2...
... ulwefens
... für das h...
... Dr. v. Hie...
... die höherer...
... nd 6 Jahre...
... Staatsprä...
... die Grund...
... die höherer...
... 7 084 Kna...
... ng.
... m Sonntag...
... immer noc...
... en.
... des Christl...
... bei Lieben...
... eine gute...
... ten Neubau...
... men, mußte...
... Erholungs...
... werden. Am...
... eraufbau zu

... pären, entschloß man sich, das ganze Häuschen auf Rollen davon zu fahren. Das Kunststück ist auch sehr gut gelungen. Es war ein eigenartiges Gefährt, als das Häuschen, von vier starken Pferden gezogen, sich in Bewegung setzte. Bei einer Grundfläche von 40 Quadratmetern und ausgemauerten Wänden handelte es sich immerhin um ein stattliches Gewicht. Das Häuschen ist nach ganz kurzer Unterbrechung an seinem neuen Standort seinem Dienst wieder übergeben worden.

Unterriethenbach, 29. Juni. In der gestrigen Sitzung des Gesamtgemeinderats wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, sich mit dem Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach wegen Anschluß in Verbindung zu setzen und sich hierzu die Voranschläge für Erstellung eines Ortsnetzes, sowie für eine Anschlußleitung von Liebenzell bis Unterriethenbach anfertigen zu lassen. Diese Lösung dürfte auch unserer Teilgemeinde D e n n j ä c h t zu gute kommen, denn bei einem Anschluß an Teinach ist es ohne weiteres gegeben, daß auch sie mit Licht und Kraft versehen wird und somit ihr langjähriger Wunsch Aussicht auf Verwirklichung finden wird.

(S.C.B.) Pforzheim, 29. Juni. In einem Hotel erschloß sich vor einigen Wochen ein Unbekannter. Jetzt hat man die Persönlichkeit des Toten festgestellt. Es handelt sich um den in den 20er Jahren stehenden ledigen Eisenbahnwärter Paul Makronowsky aus Leipzig, der wegen Amtsunterstellung gesucht wurde. Wie man noch erfährt, trieb Makronowsky den in letzter Zeit mehrfach versuchten Trick, vor einer Tarifierhöhung Fahrkarten für sich selber aufzukaufen, um sie nachher zu „verbilligten“ Preisen mit erheblichem Gewinn für sich zu verkaufen. In die Angelegenheit sind noch einige andere Angestellte verwickelt.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. Juni. Der Landtag wird am Dienstag, den 10. Juli, seine Vollsitzungen wieder aufnehmen.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. Juni. Die Darmstädter- und Nationalbank, die sich im Olgabau befindet, muß ihren Betrieb beträchtlich ausdehnen und hat deshalb den Vertrag mit dem Pächter des Olgabau-Cafés nicht mehr erneuert. Das Olgabau-Café muß eingehen. Der städt. Girokasse genügt ihr neues Heim in der unteren Königstraße bereits nicht mehr. Sie will deshalb in absehbarer Zeit an der noch unbebauten Ecke der Marzfallstraße, gegenüber dem Reichsbankneubau, einen Neubau errichten.

(S.C.B.) Gmünd, 29. Juni. Heute früh 7 Uhr haben die Arbeiter der Edelmetallindustrie nach 2 1/2 tägigem Streik ihre Betriebe wieder betreten. Gestern wurde eine Einigung dahin erzielt, daß für die Lohnwoche vom 23.-29. Juni 65 Proz. mehr auf die bisherigen Stundenlöhne gewährt werden, was einem Spitzenlohn von 6327 M (gefordert wurden ursprünglich unterm 21. bzw. 22. Juni ein Spitzenlohn von 6500 M) entspricht. Für die Woche vom 30. Juni bis 6. Juli tritt ein weiterer Zuschlag von 5 Prozent hinzu, was einem Spitzenlohn von 6644 Mark gleichkommt.

„Rechtsreaktion und Bürgerkrieg“.

* Ueber dieses Thema sprach am Mittwochabend im Dreifischen Saale im Auftrag der hiesigen Ortsgruppe der sozialdemokratischen Partei Landtagsabgeordneter Steinmayer-Stuttgart. Der Vorsitzende G. N. Störr, leitete die Versammlung mit dem Hinweis darauf ein, daß seit dem Aufbruch in allen möglichen Tonarten die Notwendigkeit der Einheitsfront gepredigt werde, wie diese in Wirklichkeit aussehe, das werde man durch die Ausführungen des Referenten erfahren, dem er hiermit das Wort erteilte. Der Redner des Abends führte einleitend aus, daß in den letzten Jahren das innerpolitische Leben Deutschlands von drei großen Tatsachen beherrscht worden sei: 1. von der Auswirkung des Weltkriegs und dem Verlust des Weltkriegs durch das deutsche Volk, 2. von der Staatsumwälzung vom November 1918, und 3. von den Friedensbedingungen von Versailles. Von diesen drei Fragen werde das ganze Wollen und Können des deutschen Volkes beherrscht, sie beeinflussten unsere Entscheidungskraft auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens. Gegenüber der Tatsache des verlorenen Krieges sei alle phantastische und abenteuerliche Politik für die Massen des Volkes wertlos, und sie müsse letzten Endes zu dem führen, was man bisher mit großer Mühe verhindert habe, zum Zusammenbruch des deutschen Volkes und damit des Reichs. Die Kriege seien die größten Verschwenker, und man vergesse leicht, daß es noch Jahrzehnte dauern werde, bis wir die letzten Nachwehen des Krieges überwunden haben. Gerade heute bilde im innerpolitischen Streit, der bis zur Siegesfeier gediehen sei, neben der Frage der Erfüllungspolitik die Frage der Niederlage Deutschlands im Weltkrieg den Hauptpunkt der Auseinandersetzungen. Im Vordergrund aller Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie stehe der Vorwurf des Dolchstoßes aus dem Innern Deutschlands; deshalb seien wir jetzt so machtlos gegenüber unsern Feinden, weil der Dolchstoß von hinten die Widerstandskraft des kämpfenden Heeres gelähmt habe. Demgegenüber erklärte der Redner, daß alle bisher bekannten Tatsachen, die Protokolle über den amtlichen schriftlichen Verkehr zwischen Oberster Heeresleitung und der damaligen politischen Leitung von August 1918 bis zur Unterschrift der Waffenstillstandsbedingungen lückenlos den Nachweis erbracht hätten, daß alle die gegen die Sozialdemokratie in bezug auf die Dolchstoßlegende vorgebrachten Beschuldigungen falsch und unwahr seien. Aus den Dokumenten, die in nächster Zeit auch der breiteren Öffentlichkeit übergeben werden sollen, werde das objektiv festgestellt. Allerdings habe sich die Sozialdemokratie von Anfang an gegen einen Eroberungskrieg gewendet. Aber von der ersten Stunde bis zum Schluß des Krieges habe sie an der abgegebenen Erklärung, daß sie in der höchsten Not des Reiches zum Volk stehen werde, und daß sie das deutsche Volk nicht im Stich lassen werde, festgehalten. Von der ersten Stunde an habe sie auch dar-

auf hingewiesen, daß sobald das Ziel der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit sowie der Sicherung des Bestandes des deutschen Volkes erreicht sei, dem Krieg ein Ende gemacht werden müsse. Man habe der Sozialdemokratie wegen dieser Haltung von links und rechts Vorwürfe gemacht, von links, daß sie die Internationale und die Arbeiterschaft verraten, und den kaiserlichen Generalen den Steigbügel gehalten habe, von rechts, daß sie mit ihrer Verständigungspolitik das Volk verraten habe. Und doch wäre man in diesen Kreisen 1918 froh gewesen, wenn man unter solchen Bedingungen Frieden bekommen hätte. Schuld am Zusammenbruch seien die, die aus dem Verteidigungskrieg einen Eroberungskrieg hätten machen wollen. Bei dem Zusammenbruch habe die Sozialdemokratie nichts anderes gemacht als daß sie in die Bresche gesprungen sei, um wenigstens nicht das ganze deutsche Volk in den Abgrund reißen zu lassen. Was die Annahme des Waffenstillstandsvertrags anbelange, für die Erzberger verantwortlich gemacht werde, stehe fest, daß die Bedingungen von Erzberger unterschrieben worden seien, nachdem aus dem Großen Hauptquartier mit der Unterschrift Hindenburgs die Anweisung gekommen sei, unter allen Umständen zu unterschreiben. Als Prinz Max von Sachsen, der im September 1918 den Reichsanzersposten übernommen habe, habe dessen Regierung, in der zum ersten Mal ein Sozialdemokrat als Staatssekretär gewesen sei, auf den dringenden Wunsch der Obersten Heeresleitung, ein Waffenstillstandsgebet zu machen, zurücktelegraphiert, daß das der ungünstigste Augenblick sei, und um Beantwortung verschiedener Punkte ersucht. Die Frage, ob die Oberste Heeresleitung sich bewußt sei, daß ihr Verlangen den Verlust wertvollen Bodens im Westen und Osten nach sich ziehen würde, habe die Oberste Heeresleitung damit beantwortet, daß ein Waffenstillstandsangebot gemacht werden müßte. In dem Telegramm der O.H.L. sei gesagt worden, jetzt könne die Front noch gehalten werden, niemand könne sagen, was in 8 oder 14 Tagen durch die Uebermacht des Feindes in bezug auf Bewaffnung und Mannschaftsüberschuss sich ereignen könne. Aus dem ganzen Altematerial gehe hervor, daß von einer Erdölung oder Unterwühlung der Front keine Kommandostelle gesprochen habe. Die Dolchstoßlegende sei erst später entstanden, und die von der republikanischen Verfassung gewährte Freiheit hätten ihre Gegner benützt, um ihre zerlegende Politik durchzuführen. Bezüglich der Unterzeichnung des Versailler Vertrags, die ebenfalls von den Gegnern der Sozialdemokratie und der Republik gegen diese propagandistisch ausgenützt werde, sei zu sagen, daß der Vertrag unerhörte Bedingungen enthalte, von denen wir alle überzeugt seien, daß sie unerträglich seien, und daß sie vom deutschen Volke nicht erfüllt werden können. Wer aber im Juni 1919, als es sich in Weimar um Unterzeichnung oder Ablehnung gehandelt habe, die seelischen Kämpfe der verantwortlichen Volksvertreter aller Parteien mitgemacht habe, der werde die Entscheidung verstehen können. Er (Redner) selbst sei mit der felsenfesten Ueberzeugung nach Weimar gegangen, daß eine Unterzeichnung ganz unmöglich sei. Das unterbereitete Material nach der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Seite hin habe aber die Mehrheit der Nationalversammlung zu der Auffassung gebracht, daß die Unterschrift immer noch das kleinere Uebel sei. Nachdem die Sozialdemokratische Partei aus der Regierung wegen dieser Frage ausgetreten war, sei es noch kurz vor der Unterzeichnung zu einer Krise gekommen, die zum vollen Zusammenbruch des Reiches hätte führen müssen. Es sei nämlich die Möglichkeit entstanden, daß eine Mehrheit für die Unterschrift nicht zu erhalten gewesen wäre. Dann wäre das ganze Ententeheer mit Einschluß der Amerikaner vormalisiert. In diesem Augenblick habe auch die Rechte Farbe bekennen müssen, und so habe noch am Sonntag morgen in der Sitzung der Nationalversammlung die Deutschnationalistische Volkspartei eine Erklärung abgegeben, daß sie anerkenne, daß die Abgeordneten, die für die Unterschrift eintreten, dies in höchster Not und in der Ueberzeugung, dem Vaterlande zu dienen, tun, und daß ihnen später kein Vorwurf aus ihrer Haltung gemacht werden könne. So erst sei die Mehrheit für die Unterschrift zustande gekommen. Das Leitmotiv der Sozialdemokratie sei stets gewesen, die Einheit des Reichs zu erhalten und das Volk vor dem vollständigen Zusammenbruch zu bewahren, im Interesse der werktätigen Bevölkerung aller Berufsklassen. Die Auffassung, daß die Drohungen der Entente bei einer Unterschriftsverweigerung nicht wahr gemacht worden wären, sei völlig irrig; nach dem vorhandenen Beweismaterial unterliege es keinem Zweifel, daß nicht nur die Franzosen, sondern auch die Amerikaner vormalisiert wären. Die Gewalt Herrschaft der Franzosen in den letzten 4 Jahren sei aber ebenfalls schuld, daß die Reaktion wieder so erstarken konnte. Und doch sei es Tatsache, daß nur durch die Haltung der sozialdemokratischen Partei der passive Widerstand im besetzten Gebiet möglich gewesen sei, und die Sozialdemokratie werde es den Franzosen in rücksichtsloser Form sagen, daß sie mit ihren Plänen, Deutschland zu zerstücken, oder aus irgend einem Gebiete eine französische Provinz zu machen, bei den Sozialdemokraten auf Granit stoßen werden. Die Sozialdemokratie habe sich nicht seit einem Menschenalter gegen das in Deutschland herrschende Herrenmenschtum gewandt, um nun sich von fremdem Militär unterdrücken und ausbeuten zu lassen. Wie man seinerzeit bei einer Ablehnung der Unterschrift und dem dann folgenden Einmarsch mit dem Auseinanderfallen des Reiches gerechnet habe, so rechnen die Franzosen auch heute wieder angesichts der Vorgänge in Bayern mit der Zertrümmerung der deutschen Einheit. Der letzte politische Prozeß in München, bei dem die wichtigsten Tatsachen noch verschleierte worden seien, habe diese Gefahr deutlich gezeigt. Die Lostrennungsbefrebungen seien mit französischem Gelde geführt worden. Alle die Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie und die Maschinenfabriken der rechtsradikalen Organisationen hätten einen Zustand erreicht, der unerträglich geworden sei, und der eine Klärung erfordere, wenn nicht das ganze Volk zugrunde gerichtet werden solle. Die seelische Bewirzung, die der Krieg namentlich in den besetzten Staaten angerichtet habe, habe zu den furchtbarsten Auswüchsen geführt, wie man sie früher nur in den halbziivilisierten Staaten gewohnt

gewesen sei. Der Redner ging nun über zu einer Kennzeichnung der Methoden und der Ziele der rechtsradikalen Organisationen. Die nationalsozialistische Arbeiterpartei verfolge das Ziel, eine Spaltung der Arbeiterpartei herbeizuführen. Diese Bestrebungen seien in allen Ländern, wo faschistische Organisationen seien, zu erkennen. Sie seien da am stärksten, wo zeitweilig der Linksradikalismus seinen zerschlagenden Einfluß durch Terror habe wirksam werden lassen. Während der Rechtsradikalismus die Diktatur von rechts erstrebe, erstrebe der Linksradikalismus die Diktatur des Proletariats, die uns ebenfalls ins Verderben führen würde. Das Programm der Nationalsozialisten sei namentlich bezüglich der sozialen Forderungen verworren. Es bekämpfe angeblich den Kapitalismus und nicht den schaffenden Kapitalismus, und sei besonders gegen die Juden gerichtet. Wenn man aber wisse, woher diese Partei ihre Geldmittel beziehe, dann müsse man von ihrem Kampf gegen den Kapitalismus eine andere Auffassung bekommen. Es sei zu fragen, zu welcher Kategorie von Kapitalisten Sinnes zu rechnen sei, der jetzt an 200 Fabriken, 230 Kohlenbergwerken, 65 Erzgruben, 190 Transportgesellschaften, 60 Bank- und Handelsunternehmungen und 70 Zeitungen beteiligt sei. Es sei doch so, daß durch den Krieg und nach demselben einzelne Kreise ungeheure Gewinne gemacht hätten, während die Massen des Volkes, darunter auch der Mittelstand, verarmt seien. Das sei sicher, wenn heute der Rechtsradikalismus, der sich nach dem im Besitz der Sozialdemokratie befindlichen Material trotz aller gegenteiligen Behauptungen zum letzten Schlag in nächster Zeit vorbereite, siegen würde, hätte er nicht nur die ganze Entente, sondern die Stimmung der ganzen Welt gegen sich. Und wenn es heute zu einem neuen Kriege zwischen der Entente und Rußland käme, so würde er auf deutschem Boden ausgetragen, und Deutschland würde verwüstet. Und letzten Endes würde Rußland mit seinen Gegnern doch einig, dagegen Deutschlands Zukunft für immer vernichtet. Auch hochstehende, ihrer Verantwortung bewußte Offiziere hätten erklärt, daß unter den heutigen Umständen kein Krieg Aussicht auf Erfolg hätte. Deshalb sei nichts anderes möglich, als auf dem Wege der Verhandlungen aus den heutigen Verhältnissen herauszukommen. Alle die, die es ernst mit dem deutschen Volke meinen, möchten sich auf dem Boden der republikanischen Staatsform zusammenschließen, um den Kampf gemeinsam gegen den äußeren Feind führen zu können. Wir müßten über die Nebel des Hasses hinwegkommen, damit wir Deutschland wieder gemeinsam aufbauen könnten zu seiner wirtschaftlichen Blüte vor dem Kriege. Nur wenn wir über die rückschrittlichen Methoden des alten Systems, das trotz der glänzenden Leistungen auf allen Gebieten des Kulturlebens die große Masse des Volkes als unmündige Kinder behandelt habe, hinwegkommen, und so die politischen, sozialen und gesellschaftlichen Gegensätze überbrücken, könnten wir wieder vorwärts kommen. Der Redner machte zum Schluß noch Andeutungen, daß auch in Württemberg geheime Organisationen an einem Rechtsputsch arbeiten, und die Weigerung der Koalitionsminister, gegen diese Organisationen energisch vorzugehen, habe den Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung mit bestimmt. Die Ausführungen des Redners, die 2 1/2 Stunden dauerten, wurden von den Zuhörern mit großem Beifall begleitet.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.
* Der Dollar galt gestern 154 887 M, der Schweizer Franken 27 549 M.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 29. Juni. Die Effektenkurse sind auch an der heutigen Börse gestiegen, wenn auch nicht in der sprunghaften Art des vorigen Börsentags. Die Kaufaufträge überwogen. Von Bankaktien verloren Vereinsbank 10 000 (100 000), während Hypothekbank 10 000 (45 000) gewannen. Von Brauereien stiegen Reitenmeyer um 10 000 auf 150 000, Rottweiler Pfauen um 5000 auf 60 000, während Wulle um 10 000 auf 90 000 fielen. Maschinenwerte sehr fest bei lebhafter Nachfrage. Daimler + 30 000 (180 000), Feinmeh. Tuttingen + 4000 (44 000), Sohner Trossingen + 7000 (52 000), Laupheimer + 190 000 (400 000), Magirus + 20 000 (120 000), Hesser + 10 000 (140 000), Weingarten + 60 000 (220 000), RedurJulm + 31 000 (251 000), Württ. Metall + 1000 (50 000). Textilwerte gefucht bei knappem Angebot. Erlangen + 70 000 (250 000), Bietigheim + 5000 (50 000), Kolb u. Schüle + 2000 (30 000), Pferlee + 150 000 (400 000), Kottner + 70 000 (320 000), Ruchen + 60 000 (900 000), Württ. Kattun + 50 000 (400 000). Sonstige Werte gleichfalls fest: Anfin + 260 000 (610 000), Bremen Besig. Del + 110 000 (610 000), Cement Feilberg + 20 600 (250 600), Dtsche. Verlag + 30 000 (350 000), Knorr + 61 000 (251 000), Leibbrand + 20 000 (90 000), Krumm + 15 000 (80 000), Salz Feilbronn + 30 000 (180 000), Stuttgarter Bäckermühle + 40 000 (190 000), Stuttg. Zucker + 35 000 (195 000), Südd. Holz + 40 000 (230 000), Union Dtsche. Verlag + 55 000 (305 000), Verein. Del + 55 000 (305 000), Wolfenden Weidertadt + 60 000 (220 000). Am Freiverkehr war die Grundstimmung gleichfalls fest. Mit 5000 eingeführte Hochdanz-Aktien stiegen bis 25 000.

Holzpreise.

(S.C.B.) Freudenstadt, 29. Juni. Bei dem Stangenverkauf der Waldinspektion wurden erlöst 22 505 338 M bei einem Ausbot von 1 642 100 M. Bei einem anderen Stangenverkauf wurden 451 000 M erlöst (Ausbot 39 850 M). Der letzte Reisigverkauf gab einen Erlös von 1 160 000 M bei einem Ausbot von 4000 M. Die einzelnen Lose wurden auf 215 000 M, 235 000, 305 000 und 405 000 M gesteuert.

Die drücklichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Galin
Druck und Verlag der H. Dörschler'schen Buchdruckerei, Galin.

Stadtgemeinde Calw.
Vergebung von Pflasterarbeiten.
 Die Stadtgemeinde Calw hat circa 1000 qm Granit-Neupflasterung und circa 200 qm Buntsandsteinum-pflasterung samt Herstellen des Untergrunds im Akkord zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen bei der unterzeichneten Stelle zur Einsichtnahme auf. Offerten sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis längstens Mittwoch, den 4. Juli, abends 6 Uhr, abzugeben. Die Eröffnung erfolgt zu demselben Zeitpunkt, die Bieter können zugegen sein.
 Calw, den 29. Juni 1923.
 Stadtbauamt: gez. Herbolzheimer.

Die Ruhrkinder
 treffen heute Samstag voraussichtlich
 2.17 Uhr von Stuttgart her hier ein.
 Die Pflegeeltern werden ersucht, die Kinder am Bahn-
 hof abzuholen. Jugendamt.

Möttlingen, den 29. Juni 1923.

Todesanzeige.



Teilen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß unser I. Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder und Onkel

Johannes Stanger,
 alt Gemeindepfleger,

gestern Nacht 1/11 Uhr nach langer schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten
 die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonntag, den 1. Juli, nachmittags 2 Uhr.

Altburg, den 29. Juni 1923.

Todesanzeige.

Geben Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder

Ulrich Reck †

nach langem schweren Leiden im Alter von 21 1/2 Jahren heute früh 1/8 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Eltern
 Christian Knoff und Frau.
 Die Geschwister.

Beerdigung Sonntag den 1. Juli, nachmittags 3 Uhr.

Ziehung 1. Klasse am 10. und 11. Juli.

Staatliche Klassenlotterie

880 000 Lose - 313 200 Gewinne im Gesamtbetrag von über

19 000 Millionen.

Größter Gewinn auf 1 Doppellos:

1 Milliarde

Weitere Haupttreffer:

2 zu je 200 Millionen

2 zu je 100 Millionen

4 zu je 50 Millionen

2 zu je 30 Millionen

und viele andere mehr.

Lospreise 1. Klasse:

1/4 2500.— 1/2 5000.— 3/4 10 000.— 1 Doppellos 20 000.—

Zustellung durch Drucksache 100.- als Brief 400.- mehr.

GOTTWICK

Württemberg. Lotterie-Einnehmer, STUTTGART
 Königsbau Postcheckkonto 8110 Stuttgart.

Suche

gegen gute Bezahlung

Reisekoffer

(Schiffskoffer). Angeb. unter
 H. S. an die Geschäftsstelle
 ds. Bl.

TAPETEN

in groß. Auswahl auf Lager

EMIL G. WIDMAIER

Bahnhofstraße.

Wir suchen

alte Dachziegel

zu kaufen

zur Wiederherstellung unse-

res durch Brand zerstörten

Daches und bitten um An-

gebote.

Noch dringender benöti-

gen wir sofort ein

wichtiges Mädchen

für unsere Anstaltsküche.

Kinderrettungsanstalt

Stammheim.

An die Leser!

Die Geldentwertung ist im Laufe der letzten Wochen in einer sich geradezu überstürzenden Weise fortgeschritten. Die auch vom Dollarstand abhängigen Papierpreise wurden bereits Mitte Juni weiter erhöht. Jetzt kommt für die Zeitungsverleger die Schreckensbotschaft, daß die Papierfabrikanten für einen Wagen Druckpapier, der in der ersten Junihälfte noch rund 25 Millionen Mark kostete, ab 1. Juli 74 Millionen, also im Abstand von 2 Wochen zweihundert Prozent mehr verlangen. Das ist ein plötzlicher Sprung vom 12 000fachen auf das 35 000fache des Vorkriegspreises! Daß die Löhne und Gehälter Steigerungen in einem nie dagewesenen Ausmaß erfahren haben, ist allgemein bekannt. Besonders schwer belastend für die Zeitungen wirken die Dervielfachung der Fernsprechgebühren, Telegrammkosten, Porti, Frachtsätze und Eisenbahnfahrpreise. Die Honorare für die Telegraphenbüros und bei den größeren Zeitungen für den ausländischen Nachrichtendienst sind kaum noch zu erschwingen, wie überhaupt die mit der Redaktion und Verwaltung einer Zeitung zusammenhängenden Unkosten ungeahnte Ausgaben verursachen. Diese Erscheinungen im Bilde der Umwälzung unserer gesamten Wirtschaftslage üben auf den Zeitungsverleger den unabwendbaren Zwang aus, die Bezugs- und Anzeigenpreise ebenfalls stärker als bisher zu erhöhen. Der Vorstand des Vereins Württembergischer Zeitungsverleger hat sich mit der Preisbildung in gewissenhaftester Weise befaßt und Richtpreise festgesetzt, die für die einzelnen Zeitungsgruppen die Mindestbeträge darstellen, die zur Erhaltung und Fortführung unserer heimatischen Presse unter allen Umständen erforderlich sind. Niemand wird die Höhe der neuen Preissätze mehr bedauern, als die Zeitungsverleger selbst, aber sie können nicht anders.

Verein Württ. Zeitungsverleger.

Der alle Erwartungen übertreffende und jegliches Maß überschreitende neue Papierpreis zwingt uns, eine
nochmalige Bezugspreiserhöhung
 vorzunehmen und zwar müssen wir den Preis für den
Monat Juli auf Mark 10 000.—
 festsetzen.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

3. Liste

der

Friedrich Häußler'schen Buchhandlung Calw
 über **guterhaltene antiquarische Bücher**
 und **Restbestände:**

	statt Mk.	nur Mk.
Bölsche, Liebesleben i. d. Natur, 3 Bände Ganzleinen	288 000	185 000
Stegemann, Geschichte des Krieges, 4 Bände	200 000	100 000
Hindenburg-Denkmal f. d. dtsh. Volk reich illustriert	200 000	100 000
Schuberts Naturgeschichte d. Pflanzenreichs, reich illustriert	180 000	90 000
Schiller's Werke, 4 Bände Ganzleinen	125 000	75 000
Chun, Aus den Tiefen des Weltmeeres, reich illustriert	100 000	50 000
Körner's Werke, 2 Bände Ganzleinen	80 000	45 000
Schiller's Gedichte u. Dramen, 1 Band Volksausgabe	50 000	25 000
Uhland's Gedichte u. Dramen, 1 Band	40 000	20 000
Romane von Dickens, Dumas, Victor Hugo, Jacobsen, Sue pro Band	28 000	16 500

und sonstige Unterhaltungslektüre

Bade dich gesund mit „Dr. Hermensens
 medizinischen Badezusätzen“!

Keine teure Badereise nötig!

Dr. Hermensens künstliche Heilquellen-Kurbäder im Hause, Aachener, Baden-Badener, Eisteror, Kissinger, Stomburger, Kreuznacher, Nauheimer Herzheilbäder, Neuenahrer, Pyrmonter, Reichenhaller, Salzschlirfer, Wiesbadener Kurbäder. Moorbad im Hause, Dr. Hermensens Luxusbad und Dr. Hermensens Eis-Polar-Bad.

Man frage seinen Arzt.

In allen Bade-, Heil- und Kuranstalten verabreicht.

Zu haben in Apotheken und Drogerien, wo nicht, direkt durch

Hermensens-Werke

Vereinigte Chemische Fabriken
 Berlin-Friedrichshagen.

Große Fabrikation Deutschlands in Fichtennadelextrakt und anderer medizinischen Badezusätzen.

Gallensteineidende verwenden Antigallin.

In allen Apotheken zu haben.

Emma Bothner
 Arthur Vogt
 Verlobte

Calw
 Zürich

Calw

Lufkurort Hirsau.
KONZERT

in den neuen Kuranlagen am Sonntag,
 den 1. Juli 1923 nachmittags 4 Uhr
 Die Kurverwaltung.



Fußball-
Wettspiele

Sonntag den 1. Juli:

I. Mannsch. F. A. T. B. Calw—Reserve-
 Mannsch. B. f. B. Ludwigsburg.

II. Mannsch. F. A. T. B. Calw—I. M. Sp.-
 Bg. Altburg.

Beginn 1/2 und 3 Uhr. — Windhof.

Fritz Freudenberger

Lebensmittelgeschäft

Bahnhofstraße — Fernspr. 53

- Lachsschinken
- Saftschinken
- Rollschinken
- Rauchfleisch
- Salami
- Cervelat
- Plockwurst
- Mainzer Preßkopi
- Jagdwurst
- Bayr. Bierwurst
- Kochsalami
- Speckwurst
- Delikat.-Preßkopi
- Schwarzenmagen
- Zungenwurst
- Schinkenwurst, ger.
- Landjäger
- Mortadella
- Halberstädter
- Bockwurst
- Mettwurst
- Teewurst
- Braunschweiger-
- Hausmacher-
- Bayrische-
- Leberwurst

zu billigsten Preisen.

Wirtschaften und Hotels erhalten

bei entspr. Abnahme Sonderpreise.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Bez.-Wirts-
verein Calw.

Montag nachm. 1/4 Uhr

Verammlung

bei Scheuerle.

Der Vorstand.

Kammerjäger

und Rattenfänger

Wiethüchter

alter, erfahrener Fachmann,

ist wieder in Calw und Um-

gebung und vertilgt radikal

unter schriftlicher Garantie

Ratten, Mäuse u. sämtliches

Ungeziefer auch bei gefüllten

Schnecken. Referenzen aus

ganz Deutschland. Bestellungen

erbitte man in der Ge-

schäftsstelle ds. Bl.

Dekorateb-
Dahsen-
zunge

in Gelee

eingetroffen

Fritz Freudenberger,
 Fernsprecher 53.

Heute Samstag, nachm.
 6 Uhr verkaufe eine gefüllte

Buche

Caroline Falmon,
 Neuhengstett.